

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Barzel, Schmidhuber, Dr. Biedenkopf, Dr. Dollinger, Dr. Narjes, Kittelmann, Pieroth, Dr. Unland, Dr. Köhler (Duisburg), Landré, Breidbach, Kiechle, von der Heydt Freiherr von Massenbach, Kolb, Sick, Dr. von Bismarck und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU

Sektorale Strukturpolitik

In der Vergangenheit haben konjunkturelle Entwicklungen und starkes wirtschaftliches Wachstum strukturelle Anpassungsprobleme der Wirtschaft weitgehend überdeckt. So ließ der Strukturwandel die Beschäftigungsentwicklung weitgehend unberührt. Seit einigen Jahren werden jedoch die 1967 im Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft festgelegten Ziele nicht mehr erreicht.

Die politische Diskussion hat die Bedeutung des Strukturwandels für Produktion und Beschäftigung erkannt. Die wirtschaftspolitischen Vorschläge von Parteien, Verbänden und anderen Institutionen konzentrieren sich immer mehr auf dieses Gebiet. Dabei werden die Interdependenzen zwischen Konjunkturpolitik und Strukturpolitik deutlicher.

Die staatliche Politik setzt den Kräften des Marktes wichtige Rahmendaten. Andererseits muß die Struktur- und Ordnungspolitik des Staates den veränderten und sich verändernden Bedingungen der nationalen Wirtschaft und der Weltwirtschaft Rechnung tragen.

Dies ist prinzipiell auch mit Hilfe staatlicher Rahmendaten möglich. Auch sie können strukturelle Präferenzen begründen und damit auf die strukturelle Entwicklung der Wirtschaft Einfluß nehmen. Zu einem ordnungspolitischen Zielkonflikt führt die staatliche Ausformung sektoraler Wirtschaftsstruktur dann, wenn sie die Steuerung der Verteilung der Produktionsfaktoren durch den Preismechanismus bei dezentralen Investitionsentscheidungen nachhaltig hemmt und damit den Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung überschreitet. Vorschläge zur Schaffung von Koordinierungsinstanzen, die den Markt, der bereits heute durch staatliche Eingriffe in seiner Funktion eingeschränkt ist, ergänzen oder sogar ersetzen sollen, werden

deshalb mit kritischer Aufmerksamkeit registriert und diskutiert.

Die Bundesregierung hat auf Grund dieser struktur- und ordnungspolitischen Diskussion im Februar 1977 fünf Wirtschaftsforschungsinstitute beauftragt, Vorstudien zur Strukturberichterstattung zu erarbeiten, da sie der Auffassung ist, daß die bekannten volkswirtschaftlichen Rechensysteme für eine Analyse der sektoralen Wirtschaftsstruktur nicht ausreichend sind. Die Wirtschaftsforschungsinstitute haben nunmehr ihre ersten umfangreichen Berichte vorgelegt.

Im Hinblick auf dieses Material und auf die wirtschaftspolitische Diskussion in den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Parteien

fragen wir die Bundesregierung:

- Hält die Bundesregierung an den „Grundsätzen der sektoralen Strukturpolitik“, wie sie in der Drucksache V/2469 niedergelegt worden sind, noch fest, bzw. inwieweit hat sich die Auffassung der Bundesregierung geändert?
- Wie bewertet die Bundesregierung das Verhältnis zwischen den „Grundsätzen der sektoralen Strukturpolitik“ von 1968 und der tatsächlich praktizierten Strukturpolitik? Welche Schlüsse zieht sie daraus für die Theorie und Praxis einer vorausschauenden Strukturpolitik?
- Ist nach Auffassung der Bundesregierung die sektorale Strukturpolitik ein geeignetes Instrument, um die gegenwärtige Schwäche der Wirtschaft zu überwinden?
- Sieht die Bundesregierung einen Zielkonflikt zwischen ökonomisch optimaler Strukturverschiebung und staatlicher Prioritätensetzung? Wie groß schätzt die Bundesregierung die Möglichkeit ein, daß politische Wertungen in den ökonomischen Datenkranz einfließen, die den Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung sprengen?
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die struktur- bzw. sozialpolitischen Zielsetzungen Marktungleichgewichte hervorrufen können mit der Gefahr, daß strukturpolitische Interventionen in kostspielige Strukturhaltung einmünden?
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß staatliche Strukturdiagnose drohende Ungleichgewichte und Innovationsbehinderungen früher aufspüren kann, als sie durch Marktsignale erkennbar werden? Woher beziehen die wirtschaftspolitischen Instanzen die Kenntnis von nicht genutzten aussichtsreichen Innovationen?
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die wirtschaftspolitischen Instanzen konkret formulieren können, welche Strukturen angestrebt werden, ohne daß eine dirigistische Festlegung der Arbeitsplätze und der Entscheidungen der Produzenten und der Verbraucher erfolgen muß?

- Wo liegt nach Auffassung der Bundesregierung die Grenze zwischen Strukturpolitik zum Zweck der Erleichterung der marktwirtschaftlichen Anpassung und Strukturpolitik als Selbstzweck, d. h. Steuerung, Investitionslenkung usw., und wie sieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Wirkungsmechanismen von Interventionen, gegliedert nach Haupt- und Nebenwirkungen sowie Rückkoppelungs-Effekten?
- Hält es die Bundesregierung für möglich, daß eine sektorale Struktursteuerung sich eng an Markttendenzen anlehnt und nicht von außerökonomischen Zielen beeinflusst wird, und wie sieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang insbesondere die Beispiele Steinkohlenbergbau, Stahlindustrie, Werften, Wohnungswirtschaft, Verkehrswesen und Flug- und Raumfahrtindustrie, einschließlich der mangelnden Flexibilität dieser Bereiche und deren Wirkungen auf andere Sektoren?
- Soll nach Auffassung der Bundesregierung die ex-post-Betrachtung alleiniger Zweck der Strukturberichterstattung sein und bleiben oder ist an eine Ausdehnung in den Bereich der ex-ante-Betrachtung gedacht?
- Deutet nach Auffassung der Bundesregierung die Feststellung im DIW-Vorgutachten Seite 3 „Nach den Vorstellungen des Auftraggebers, wie sie im Jahreswirtschaftsbericht 1977 zum Ausdruck kommen, soll es sich bei der Strukturberichterstattung zunächst nur um ex-post-Analysen handeln“, darauf hin, daß die Institute davon ausgehen, daß eine Erweiterung stattfinden soll?
- Wie sind die self-fulfilling und self-defeating-Wirkungen von Prognosen in diesem Zusammenhang einzuschätzen?
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die geplante Strukturberichterstattung das Informationsniveau der wirtschaftspolitischen Instanzen derart verbessert, daß strukturelle Mißgriffe und ordnungspolitische Verstöße in der Strukturpolitik verhindert werden?
- Wie sieht die Bundesregierung Interdependenzen und Wechselwirkungen zwischen gesamtwirtschaftlicher Entwicklung (Wachstum, verringerte Wachstumsbedingungen und Schrumpfung) und Strukturwandel?
- Kann nach Auffassung der Bundesregierung sektorale Strukturpolitik Prozesse auslösen, die sie eigentlich vermeiden oder korrigieren hätte sollen? Wie kann verhindert werden, daß zukünftige Strukturpolitik konservierende und dirigistische Züge annimmt?
- Inwieweit könnte eine sektorale Strukturpolitik die intra- und intersektorale Mobilität der Produktionsfaktoren verbessern und somit auftretende Marktungleichgewichte rascher abbauen?

- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß durch verbesserte Strukturanalyse Prognosefehler bei fortschreitender Disaggregation sich verhindern lassen?
- Ist nach Auffassung der Bundesregierung die Ableitung einer überzeugenden Trendfunktion mit vertretbarem Wahrscheinlichkeitsgrad aus verfügbarem empirischen Material möglich?
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß in Zukunft Strukturbewegungen bis ins Branchendetail überschaubar werden, und wie hoch schätzt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang den Erhebungsaufwand bei den Unternehmen ein?
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Planungs- und Prognosefehler durch Gegensteuern oder Subventionen ausgeglichen werden können und ist es denkbar, daß bei offensichtlichen Fehlentscheidungen des Staates sich Regreßansprüche ergeben könnten?
- Kann die Bundesregierung nach der Vorlage der Vorstudien die Bedeutung der Strukturberichterstattung besser abschätzen als zum Zeitpunkt der Auftragsvergabe?
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Konfliktsituationen zwischen dem Dispositionsspielraum der Unternehmen im Investitionsbereich und den Mindestvoraussetzungen für eine vorausschauende Strukturpolitik gegeben sind, und welchen Einfluß hat die öffentliche Struktursteuerung in möglichen Konfliktfällen auf Planrevision und revolvierende Planung der Unternehmen?
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß sich Struktur-faktoren wie Bildungsniveau, Stand der Technik, sozialer Frieden, Innovationsneigung oder staatliche Rahmenbedingungen operationalisieren lassen? Können sektorale Entwicklungen auf Produktebene identifiziert werden?
- Welchen Stellenwert nimmt nach Auffassung der Bundesregierung die sektorale Strukturberichterstattung bei einer Verknüpfung mit den übrigen volkswirtschaftlichen Rechenwerken, insbesondere der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR), ein?
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Schaffung von Struktur-räten, die für die verschiedenen staatlichen Ebenen wie auch für die Privatwirtschaft als Informations- und Beratungsgremium für zielorientierte gesamtwirtschaftliche Entwicklungen wirken sollen?
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Grundsätze der „Wirtschafts-/Industriepolitik in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“, wie sie insbesondere in der Drucksache VI/606 ausgeführt sind, im Hinblick auf eine nationale Strukturberichterstattung und Strukturpolitik?
- Welche Konsequenzen ergeben sich daraus, daß der Welt-handel nicht voll liberalisiert ist und internationale Wett-

bewerbsverzerrungen aufweist, und daß protektionistische Tendenzen in einer Reihe von Ländern stärker werden, für die Grundsätze einer nationalen sektoralen Strukturpolitik?

- Welche Wirkungen hat nach Auffassung der Bundesregierung ein mögliches Zustandekommen eines integrierten Rohstoffprogramms mit seinem gemeinsamen Fonds auf Umfang, Liefersicherheit und Preisniveau der importierten Rohstoffe und somit auf die optimale Ressourcenallokation und die sektorale Struktur der Volkswirtschaft?

Bonn, den 23. Dezember 1977

Dr. Barzel
Schmidhuber
Dr. Biedenkopf
Dr. Dollinger
Dr. Narjes
Kittelmann
Pieroth
Dr. Unland
Dr. Köhler (Duisburg)
Landré
Breidbach
Kiechle
von der Heydt Freiherr von Massenbach
Kolb
Sick
Dr. von Bismarck
Dreyer
Haberl
Hanz
Hauser (Krefeld)
Dr. Jahn (Münster)
Dr. Luda
Dr. Ritz
Dr. Freiherr Spies von Büllenheim
Sauter (Epfendorf)
Schartz (Trier)
Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd)
Dr. Warnke
Wissmann
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

